

# Regierungsbilanz nach 13 Monaten

## Ein schlechter Start und düstere Aussichten

Imad Zafar

**Das Leben für die einfachen Leute in Pakistan wird von Tag zu Tag schwerer: steigende Inflation und wirtschaftliche Turbulenzen. Die Regierung von Imram Khan hat mit falschen Entscheidungen und fehlgeleiteter Regierungsführung dazu beigetragen, die Probleme Pakistans zu verschlimmern. So in Kurzform die Bewertung seitens des Autors von 13 Monaten Regierungszeit.**

Seit der Gründer der Partei *Pakistan Tehreek-e-Insaf* (PTI, Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit) Imram Khan die Regierung übernommen hat, hat sich die Wirtschaft in einen Trümmerhaufen verwandelt. Die Entscheidung, die pakistanische Rupie gegenüber dem US-Dollar abzuwerten, führte zu absehbar höherer Auslandsverschuldung, Inflation und Preissteigerungen. Die Unschlüssigkeit der Regierung, ob sie ein Rettungspaket des Internationalen Währungsfonds (IWF) anstrebt oder nicht, vergrößerte die Unsicherheit.

### Wirtschaft und soziale Schieflagen

Im ersten Fiskaljahr der PTI-Regierung stiegen Pakistans Schulden und Verbindlichkeiten von 29,88 Billionen Rupien auf 40 Billionen Rupien (255 Milliarden US-Dollar). In einem einzigen Jahr hat die PTI der Staatsverschuldung 11 Billionen Rupien (über 70 Milliarden Dollar) zugefügt. Außerdem lieh sich die PTI in einem Jahr satte 16 Milliarden Dollar an Auslandskrediten. Trotz dieser Geldmenge war die PTI-Regierung nicht in der Lage, einem Großteil der Bevölkerung zu einem verträglichen Auskommen zu verhelfen, etwa in Form von preisgünstigem Strom oder Gemüse. An der Börse stellte die Regierung den großen Börsenmaklern hingegen ein Rettungspaket zur Verfügung.

Die Erhöhung der Einkommenssteuer im Immobiliensektor flachte den Handel insbesondere kleinerer und mittlere

Immobilienunternehmen und Makler ab. Dies schlug wiederum auf die Wohnraumbeschaffung für weniger betuchte Angehörige der Mittelschicht durch. Große Immobilienunternehmen wie *Babria Town* und *Defense Housing Authority* hatten keine Probleme, sondern steigerten ihre Umsätze und Gewinne. In der Automobilindustrie begannen Firmen wie Honda und *Indus Motor Company*, Mitarbeiter/-innen zu entlassen, ihre Werke tageweise zu schließen oder an weniger Tagen in der Woche arbeiten zu lassen. Natürlich kann die Regierung Wirtschaftsprozesse nicht voluntaristisch steuern. Aber eine Entscheidung wie die Abwertung der Währung führte nun mal zu höheren Auto-preisen und Inflation (11,63 Prozent im August) und somit zur Schwächung der Kaufkraft potenzieller Kunden. Stagnierende Geschäftsaktivitäten erhöhen die Arbeitslosenquote. Die PTI kam mit dem Versprechen an die Macht, zehn Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Bislang sank die Beschäftigungsquote.

Ein wichtiges Wahlversprechen der PTI waren Reformen im Bildungs- und Gesundheitssektor. Bei der Vorlage ihres ersten Haushaltsplans senkte die Regierung jedoch die Mittelzuweisungen für das Bildungswesen um 20,5 Prozent und kürzte das Budget für die Hochschulbildung.

### Institutionelle Schwächen

Als politische Manövriermasse in der Kompromissfindung mit politischen

Gegnern setzte die PTI staatliche Institutionen wie das Rechnungsamt (*National Accountability Bureau*), die Anti-Drogentruppe, Justiz, Polizei oder *Pakistan Railways* ein. Die Institutionen wurden nicht nur geschwächt, sondern verloren ihre Glaubwürdigkeit in den Augen der Bevölkerung. Die öffentliche Ordnung litt unter außergerichtlichen Tötungen, willkürlichen Verhaftungen oder Fällen wie die Ermordung eines geistig instabilen Mannes. Während in diesen Fällen nur wenig Schuldige vor Gericht landeten, gab es ein massives Durchgreifen gegen politische Gegner. Die Medien verhalten sich relativ unkritisch gegenüber der kritikwürdigen Regierungsführung. Die Regierung hatte mit der Drohung nachgeholfen, in der Presse keine staatliche Werbung mehr zu schalten. Ein Wandel in der Regierungsführung ist absehbar nicht zu erkennen.

*Aus dem Englischen übersetzt von Theodor Rathgeber*

### Zum Autor



Imad Zafar ist Kolumnist und Kommentator für mehrere Zeitungen.

### Literaturhinweis

Der Originalbeitrag erschien am 13. September 2019 beim Nachrichtendienst *Asia Times* unter dem Titel *A brief review of PTI's 13 months in power*.